Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7095**
14. Wahlperiode 10. 10. 2001

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 19. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten

A. Problem und Ziel

Mit dem am 19. September 2000 in Berlin unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten soll die grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenabwehr verstärkt und hierdurch die innere Sicherheit in der Grenzregion erhöht werden.

B. Lösung

Durch den Gesetzentwurf sollen die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderlichen Voraussetzungen für die Ratifizierung des Vertrages geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Im Zusammenhang mit der vorgesehenen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit können Sach- und Personalkosten entstehen, die zur Zeit nicht bezifferbar sind.

E. Sonstige Kosten

Sonstige Kosten entstehen nicht.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 9. Oktober 2001

022 (132) – 210 01 – Po 11/01

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik

11011 Berlin

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 19. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 767. Sitzung am 27. September 2001 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.



Entwurf

Gesetz zu dem Vertrag vom 19. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 19. September 2000 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen nach Artikel 17 Abs. 3 des Vertrages in Kraft zu setzen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 18 Abs. 1 Satz 3 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da der Vertrag – etwa in den Artikeln 5 und 15 – Regelungen zum Verwaltungsverfahren von Landesbehörden trifft.

Zu Artikel 2

Vereinbarungen nach Artikel 17 Abs. 3 des Vertrages, mit denen der räumliche Anwendungsbereich der vertraglich vereinbarten Zusammenarbeit geändert wird, sollen zur Verfahrensvereinfachung durch Verordnung in Kraft gesetzt werden.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 18 Abs. 1 Satz 3 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkungen

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für die private Wirtschaft und für private Verbraucher nicht entstehen.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Tschechische Republik –

in der Absicht, die beiderseitigen Beziehungen zu intensivieren sowie die Zusammenarbeit der Polizei- und Grenzschutzbehörden zu vertiefen,

in der Überzeugung, dass diese Zusammenarbeit in den Grenzgebieten für den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Kriminalitätsbekämpfung von wesentlicher Bedeutung ist,

mit dem Ziel, der grenzüberschreitenden Kriminalität in den Grenzgebieten durch abgestimmte Pläne und Maßnahmen wirksamer zu begegnen,

in dem Bemühen, den grenzüberschreitenden Verkehr auch bei verstärkter Kontroll- und Fahndungstätigkeit so gering wie möglich zu beeinträchtigen –

sind wie folgt übereingekommen:

Abschnitt I

Allgemeines

Artikel 1

Gegenstand der Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsstaaten intensivieren die Zusammenarbeit zwischen den Polizei- und Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten bei der Kriminalitätsbekämpfung sowie beim Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die Zusammenarbeit der Polizei- und Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten im Rahmen des Strafverfahrens richtet sich nur in den Fällen, die nicht durch den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung vom 2. Februar 2000 geregelt sind, nach dem vorliegenden Vertrag.

Smlouva mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o spolupráci policejních orgánů a orgánů působících při ochraně státních hranic v příhraničních oblastech

Spolková republika Německo

a

Česká republika

v úmyslu zintenzivnit oboustranné vztahy a prohloubit spolupráci policejních orgánů a orgánů působících při ochraně státních hranic,

v přesvědčení, že tato spolupráce v příhraničních oblastech má při ochraně veřejného pořádku a bezpečnosti, jakož i při potírání trestné činnosti podstatný význam,

s cílem účinněji čelit trestné činnosti přesahující státní hranice v příhraničních oblastech na základě koordinovaných plánů a opatření,

ve snaze co možná nejméně omezovat přeshraniční styk i v podmínkách zesílené kontrolní a pátrací činnosti,

se dohodly takto:

Část I

Všeobecná ustanovení

Článek 1

Předmět spolupráce

(1) Smluvní státy zintenzivní spolupráci mezi policejními orgány a orgány působícími při ochraně státních hranic v příhraničních oblastech při potírání trestné činnosti, jakož i při ochraně veřejného pořádku a bezpečnosti. Spolupráce policejních orgánů a orgánů působících při ochraně státních hranic v příhraničních oblastech v rámci trestního řízení se řídí touto smlouvou pouze v těch případech, které nejsou upraveny Smlouvou mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o dodatcích k Evropské úmluvě o vzájemné pomoci ve věcech trestních z 20. dubna 1959 a usnadnění jejího používání ze dne 2. února 2000.

(2) Die internationale Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung durch die nationalen Zentralstellen, insbesondere im Rahmen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol), wird in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten um die Zusammenarbeit in den Grenzgebieten gemäß diesem Vertrag ergänzt.

(3) Die Grenzgebiete im Sinne dieses Vertrags entsprechen dem Zuständigkeitsbereich der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Polizei- und Grenzschutzbehörden.

Artikel 2

Zuständige Behörden

(1) Die Behörden, die in den Grenzgebieten im Rahmen ihrer Zuständigkeit nach Maßgabe dieses Vertrags unmittelbaren Dienstverkehr betreiben, sind:

in der Bundesrepublik Deutschland

a) die Polizeibehörden

im Freistaat Sachsen

- das Polizeipräsidium Dresden,
- das Polizeipräsidium Chemnitz,
- die Landespolizeidirektion Zentrale Dienste hinsichtlich der Wasserschutzpolizei;

im Freistaat Bayern

- das Polizeipräsidium Niederbayern/Oberpfalz,
- das Polizeipräsidium Oberfranken,
- das Polizeipräsidium Mittelfranken,
- das Polizeipräsidium München,
- das Polizeipräsidium Oberbayern;

b) die Grenzschutzbehörden

- das Bundesgrenzschutzamt Pirna,
- das Bundesgrenzschutzamt Chemnitz,
- das Bundesgrenzschutzamt Schwandorf;

in der Tschechischen Republik

- die Polizei der Tschechischen Republik, Verwaltung des Südböhmischen Bezirks, České Budějovice/Böhmisch Budweis,
- die Polizei der Tschechischen Republik, Verwaltung des Westböhmischen Bezirks, Plzeň/Pilsen,
- die Polizei der Tschechischen Republik, Verwaltung des Nordböhmischen Bezirks, Ústí nad Labem/Aussig;
- die Polizei der Tschechischen Republik, Bezirksermittlungsbehörde des Südböhmischen Bezirks, České Budějovice/Böhmisch Budweis,
- die Polizei der Tschechischen Republik, Bezirksermittlungsbehörde des Westböhmischen Bezirks, Plzeň/Pilsen,
- die Polizei der Tschechischen Republik, Bezirksermittlungsbehörde des Nordböhmischen Bezirks, Ústí nad Labem/Aussig.

(2) Bei der Kriminalitätsbekämpfung in den Grenzgebieten oder bei Gefahr im Verzug kann der unmittelbare Dienstverkehr mit den in Absatz 1 genannten tschechischen Behörden selbständig durch die Landeskriminalämter Sachsens und Bayerns wahrgenommen werden. Dies gilt nicht in Fällen der originären Zuständigkeit des Bundeskriminalamtes auf deutscher Seite und der Behörden der Polizei der Tschechischen Republik mit gesamtstaatlicher Zuständigkeit auf tschechischer Seite.

(3) In die Zusammenarbeit nach diesem Vertrag sind die in Absatz 4 genannten Zollbehörden der Bundesrepublik Deutschland insoweit einbezogen, als sie aufgrund innerstaatlicher Rechtsvorschriften Aufgaben im Zusammenhang mit Verboten und Beschränkungen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs oder Aufgaben der in Absatz 1 genannten Grenz-

(2) Mezinárodní spolupráce národních ústředen při potírání trestné činnosti, zejména v rámci Mezinárodní organizace kriminální policie (Interpol), bude v souladu s právními předpisy smluvních států doplněna o spolupráci v příhraničních oblastech podle této smlouvy.

(3) Příhraničními oblastmi se ve smyslu této smlouvy rozumí území v působnosti policejních orgánů a orgánů působících při ochraně státních hranic uvedených v článku 2 odst. 1.

Článek 2

Příslušné orgány

(1) Orgány, které v příhraničních oblastech v rámci své působnosti udržují podle této smlouvy bezprostřední služební styk, jsou:

ve Spolkové republice Německo

a) policejní orgány

ve Svobodném státě Sasko

- Policejní prezídium Dresden/Drážďany,
- Policejní prezídium Chemnitz/Saská Kamenice,
- Zemské policejní ředitelství Centrální služby v záležitostech týkajících se říční policie;

ve Svobodném státě Bavorsko

- Policejní prezídium Dolní Bavorsko/Horní Falc,
- Policejní prezídium Horní Franky,
- Policejní prezídium Střední Franky,
- Policejní prezídium München/Mnichov,
- Policejní prezídium Horní Bavorsko;

b) orgány působící při ochraně státních hranic

- Úřad Spolkové ochrany hranic Pirna,
- Úřad Spolkové ochrany hranic Chemnitz/Saská Kamenice,
- Úřad Spolkové ochrany hranic Schwandorf;

v České republice

- Policie České republiky správa Jihočeského kraje České Budějovice,
- Policie České republiky správa Západočeského kraje Plzeň,
- Policie České republiky správa Severočeského kraje Ústí nad Labem;
- Policie České republiky krajský úřad vyšetřování Jihočeského kraje České Budějovice,
- Policie České republiky krajský úřad vyšetřování Západočeského kraje Plzeň,
- Policie České republiky krajský úřad vyšetřování Severočeského kraje Ústí nad Labem.

(2) Při potírání trestné činnosti v příhraničních oblastech nebo v případě nebezpečí z prodlení může být bezprostřední služební styk s českými orgány uvedenými v odstavci 1 uskutečňován samostatně zemskými kriminálními úřady Saska a Bavorska. To neplatí v případech, které jsou ve výlučné kompetenci Spolkového kriminálního úřadu na německé straně a útvarů Policie České republiky s celostátní působností na české straně.

(3) Spolupráce podle této smlouvy se týká celních orgánů Spolkové republiky Německo uvedených v odstavci 4, pokud na základě vnitrostátních právních předpisů plní úkoly v souvislosti se zákazy a omezeními přeshraniční přepravy zboží nebo pokud plní úkoly orgánů působících při ochraně státních hranic uvedených v odstavci 1. Spolupráce podle této smlouvy se týká

schutzbehörden wahrnehmen. In die Zusammenarbeit nach diesem Vertrag sind die in Absatz 4 genannten Zollbehörden der Tschechischen Republik insoweit einbezogen, als sie aufgrund innerstaatlicher Rechtsvorschriften die Stellung einer Polizeibehörde haben.

(4) Die Zollbehörden, die in den Grenzgebieten im Rahmen ihrer Zuständigkeit einen unmittelbaren Dienstverkehr untereinander sowie mit den in den Absätzen 1 und 2 genannten Behörden betreiben, sind:

in der Bundesrepublik Deutschland

– das Hauptzollamt Löbau,
– das Hauptzollamt Pirna,
– das Hauptzollamt Chemnitz,
– das Hauptzollamt Plauen,
– das Hauptzollamt Hof,
– das Hauptzollamt Weiden,
– das Hauptzollamt Passau;
– das Zollfahndungsamt Dresden,
– das Zollfahndungsamt München,
– das Zollfahndungsamt Nürnberg;

in der Tschechischen Republik

– die Zolldirektion České Budějovice/Böhmisch Budweis,
– die Zolldirektion Plzeň/Pilsen,
– die Zolldirektion Ústí nad Labem/Aussig.

celních orgánů České republiky uvedených v odstavci 4, pokud mají na základě vnitrostátních právních předpisů postavení policejního orgánu.

(4) Celními orgány, které v příhraničních oblastech v rámci své působnosti udržují bezprostřední služební styk mezi sebou, jakož i s orgány uvedenými v odstavcích 1 a 2 jsou:

ve Spolkové republice Německo

– Hlavní celní úřad Löbau,
– Hlavní celní úřad Pirna,
– Hlavní celní úřad Chemnitz/Saská Kamenice,
– Hlavní celní úřad Plauen/Plavno,
– Hlavní celní úřad Hof,
– Hlavní celní úřad Weiden,
– Hlavní celní úřad Passau/Pasov;
– Celní pátrací úřad Dresden/Drážďany,
– Celní pátrací úřad München/Mnichov,
– Celní pátrací úřad Nürnberg/Norimberk;

v České republice

– Celní ředitelství České Budějovice,
– Celní ředitelství Plzeň,
– Celní ředitelství Ústí nad Labem.

Abschnitt II
Zusammenarbeit der Polizei- und Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten

Artikel 3
Allgemeine Zusammenarbeit

(1) Die in Artikel 2 genannten Behörden werden im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und in Übereinstimmung mit den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften zusammenarbeiten, insbesondere

a) durch Informationsaustausch im Wege

1. der Übermittlung von Informationen über Straftaten in den Grenzgebieten, über deren Täter und Teilnehmer, über Personen, die verdächtig sind, Täter oder Teilnehmer solcher Straftaten zu sein sowie über die Umstände ihrer Begehung und die getroffenen Maßnahmen,
2. der Übermittlung von Erfahrungen und Informationen, insbesondere über neue Erscheinungsformen der Kriminalität in den Grenzgebieten,
3. der regelmäßigen Übermittlung von Informationen zu vereinbarten Terminen zwecks Erarbeitung gemeinsamer Lagebilder für die Grenzgebiete,
4. der rechtzeitigen Unterrichtung über bevorstehende besondere Ereignisse, Aktionen und Einsätze in den Grenzgebieten,
5. der Übermittlung von Informationen über grenzüberschreitende Gefahrguttransporte,
6. des Austausches von Informationen und Dokumentationen aus dem wissenschaftlich-technischen Bereich,
7. der gegenseitigen Bereitstellung von Fachliteratur auf Nachfrage,
8. der gegenseitigen Unterrichtung über die den Gegenstand dieses Vertrags betreffenden rechtlichen und internen Vorschriften sowie über deren Änderungen;

Část II
Spolupráce policejních orgánů a orgánů působících při ochraně státních hranic v příhraničních oblastech

Článek 3
Všeobecná spolupráce

(1) Orgány uvedené v článku 2 budou spolupracovat v rámci svých kompetencí a v souladu se svými vnitrostátními právními předpisy zejména

a) formou výměny informací

1. předáváním informací o trestných činech v příhraničních oblastech, o jejich pachatelích a účastnících, o osobách, které jsou podezřelé, že jsou pachateli nebo účastníky těchto trestných činů, jakož i o okolnostech jejich spáchání a o přijatých opatřeních,
2. předáváním zkušeností a informací, zejména o nových formách trestné činnosti v příhraničních oblastech,
3. pravidelným předáváním informací za účelem vypracovávání společných situačních zpráv pro příhraniční oblasti v dohodnutých termínech,
4. včasným informováním o předpokládaných zvláštních událostech, akcích a zásazích v příhraničních oblastech,
5. předáváním informací o přeshraniční přepravě nebezpečných zásilek,
6. výměnou informací a dokumentací z vědeckotechnické oblasti,
7. vzájemným poskytováním odborné literatury na základě žádosti,
8. vzájemným informováním o právních a interních předpisech týkajících se předmětu této smlouvy, jakož i o jejich změnách;

b) durch Intensivierung der gegenseitigen Kommunikation im Wege der

1. Benennung von Ansprechpartnern mit, soweit möglich, Kenntnissen der Sprache des jeweils anderen Vertragsstaates,
2. kurzzeitigen Entsendung von Fachberatern aufgrund eines Ersuchens,
3. gegenseitigen Hospitationen,
4. gegenseitigen Bereitstellung von Informationen, zum Beispiel über wichtige Telefon-, Telefax- und Funkverbindungen sowie E-Mail-Adressen der in Artikel 2 genannten Behörden;

c) durch Verstärkung der Koordination polizeilicher Einsätze im Wege der

1. Benennung von Koordinierungsstellen zur Kriminalitätsbekämpfung in den Grenzgebieten,
2. Erstellung gemeinsamer Lagebilder und Einsatzpläne für die Grenzgebiete,
3. Durchführung koordinierter Maßnahmen beiderseits der Staatsgrenze;

d) durch Verbesserung der Kommunikationsverbindungen im Wege der

1. Bereitstellung von drahtgebundenen Übergabepunkten zur Übertragung von Sprache, Bild und Daten,
2. bedarfsspezifischen Einrichtung von Funkverbindungen auf koordinierten Frequenzen,
3. Zusammenarbeit bei der Sicherstellung des ungestörten Betreibens von polizeilichen Funksystemen;

e) durch gegenseitige Bereitstellung von polizeitechnischen Mitteln im Bedarfsfall;

f) durch Maßnahmen im Bereich der Ausbildung, insbesondere der

1. Weitergabe von Erfahrungen und Informationen über Methoden der Kriminalitätsbekämpfung,
2. Unterstützung beim Unterricht in der Sprache des jeweils anderen Vertragsstaates,
3. Durchführung gemeinsamer Arbeitstagungen,
4. Schulung von Spezialisten,
5. Teilnahme von Beobachtern an Übungen.

(2) Die in Artikel 2 genannten Behörden werden im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung nur solche Informationen austauschen, die sich auf Kriminalität von regionaler Bedeutung in den Grenzgebieten beziehen. Die Beschränkung des Informationsaustausches gilt nicht bei Gefahr im Verzug.

Artikel 4

Besondere Formen der Zusammenarbeit

(1) Die in Artikel 2 genannten Behörden leisten einander in den Grenzgebieten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie zur Verhütung von Straftaten Hilfe. Ist die ersuchte Behörde für die Erledigung des Ersuchens nicht zuständig, leitet sie das Ersuchen an die Behörde weiter, die für die Erledigung des Ersuchens zuständig ist. Die ersuchende Behörde wird über die Weiterleitung informiert.

(2) Hilfeersuchen nach Absatz 1 bezüglich der Verhütung von Straftaten werden grundsätzlich zwischen den nationalen Zentralstellen der Vertragsstaaten übermittelt und erledigt. Sie können unmittelbar zwischen den in Artikel 2 genannten Behörden übermittelt und erledigt werden, soweit

b) zintenzivněním vzájemné komunikace

1. určením kontaktních osob, pokud možno se znalostmi jazyka druhého smluvního státu,
2. krátkodobým vysíláním konzultantů na základě žádosti,
3. vzájemnými hospitacemi,
4. vzájemným poskytováním informací, například informací o důležitých telefonních, faxových a radiových spojeních, jakož i adres elektronické pošty orgánů uvedených v článku 2;

c) posílením koordinace policejních zásahů

1. určením koordinačních pracovišť pro potírání trestné činnosti v příhraničních oblastech,
2. vyhotovováním společných situačních zpráv a zásahových plánů pro příhraniční oblasti,
3. prováděním koordinovaných opatření po obou stranách státních hranic;

d) zkvalitněním komunikačních spojení

1. poskytováním linkových rozhraní za účelem přenosu řeči, obrazu a dat,
2. zřizováním radiového spojení na koordinovaných kmitočtech přizpůsobeného konkrétním potřebám,
3. prostřednictvím spolupráce při zajišťování nerušeného provozu policejních radiových systémů;

e) vzájemným poskytováním policejně technických prostředků v případě potřeby;

f) formou opatření v oblasti vzdělávání a výcviku, která zahrnují především

1. předávání zkušeností a informací o metodách potírání trestné činnosti,
2. pomoc při výuce jazyka druhého smluvního státu,
3. uskutečňování společných pracovních jednání,
4. školení specialistů,
5. účast pozorovatelů na cvičeních.

(2) Orgány uvedené v článku 2 si budou v rámci spolupráce v oblasti potírání trestné činnosti vyměňovat pouze takové informace, které se vztahují k trestné činnosti regionálního významu v příhraničních oblastech. Toto omezení výměny informací neplatí v případě nebezpečí z prodlení.

Článek 4

Zvláštní formy spolupráce

(1) Orgány uvedené v článku 2 si budou navzájem v příhraničních oblastech v rámci své působnosti poskytovat pomoc za účelem odvracení ohrožení veřejného pořádku a bezpečnosti, jakož i za účelem předcházení trestné činnosti. Nebude-li dožádaný orgán příslušný pro vyřízení žádosti, postoupí ji orgánu, který pro vyřízení žádosti příslušný je. O postoupení bude žádající orgán informován.

(2) Žádosti o pomoc podle odstavce 1 týkající se předcházení trestné činnosti budou zásadně zasílány a vyřizovány prostřednictvím národních ústředen smluvních států. Bezprostředně mezi orgány uvedenými v článku 2 mohou být zasílány a vyřizovány, pokud

a) sie Straftaten betreffen, bei denen voraussichtlich der Schwerpunkt der Begehung und der Verfolgung in den Grenzgebieten liegt,

b) es nicht möglich ist, das Ersuchen zuzustellen oder es rechtzeitig durch die nationalen Zentralstellen zu erledigen, oder

c) eine unmittelbare Zusammenarbeit zweckmäßig ist und dazu das Einvernehmen der jeweiligen nationalen Zentralstelle vorliegt.

(3) Hilfeersuchen nach Absatz 1 bezüglich der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung werden unmittelbar zwischen den in Artikel 2 genannten Behörden übermittelt und erledigt. Die Möglichkeit der Übermittlung und Erledigung solcher Ersuchen zwischen den nationalen Zentralstellen bleibt unberührt.

(4) Hilfeersuchen nach den Absätzen 1 bis 3 können insbesondere betreffen:

a) Halter-, Eigentümer- und Führerfeststellungen bei Straßen-, Wasser- und Luftfahrzeugen,

b) Informationen zu Führerscheinen und Fahrzeugpapieren sowie vergleichbaren Genehmigungen und Dokumenten,

c) Aufenthalts- und Wohnsitzfeststellungen, Feststellungen des Aufenthaltsstatus und Überprüfungen der Aufenthaltsberechtigung,

d) Feststellungen von Telefon-, Telefax-, Telex- und Internetanschlussinhabern und Anschlussinhabern in sonstigen Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnik,

e) Feststellungen der Identität von Personen,

f) Informationen über die Herkunft von Sachen, beispielsweise von Schusswaffen, Straßen-, Wasser- und Luftfahrzeugen,

g) Auslösung und Koordinierung erster Fahndungsmaßnahmen,

h) Polizeiliche Befragungen,

i) Spurensuchen, -sicherungen, -auswertungen und -abgleiche,

j) Informationen aus polizeilichen Ermittlungen und Unterlagen sowie aus Informationssystemen, Registern und sonstigen Sammlungen nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten.

Artikel 5

Zusammenarbeit in gemeinsam besetzten Dienststellen

(1) Auf dem Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten können in der Nähe der Staatsgrenze Arbeitsstellen dauerhaft oder für einen befristeten Zeitraum eingerichtet werden, die durch Bedienstete der in Artikel 2 genannten Behörden beider Vertragsstaaten sowie bei Bedarf auch durch Bedienstete ihrer nationalen Zentralstellen besetzt werden (im Folgenden nur „gemeinsam besetzte Dienststellen“ genannt). Die Einrichtungs- und Betriebskosten werden gleichmäßig zwischen den Vertragsstaaten geteilt.

(2) In den gemeinsam besetzten Dienststellen arbeiten die in Absatz 1 genannten Bediensteten zusammen, um Informationen über Angelegenheiten, die die Grenzgebiete betreffen, auszutauschen, zu analysieren, weiterzuleiten und um in sonstiger Weise an der Abstimmung der Zusammenarbeit nach Maßgabe dieses Vertrags mitzuwirken. Der Dienstverkehr und der Informationsaustausch zwischen den nationalen Zentralstellen bleiben unberührt.

(3) Die Bediensteten in den gemeinsam besetzten Dienststellen unterstehen ausschließlich der Weisungs- und Disziplinargewalt ihrer jeweiligen nationalen Behörden. Gemeinsame operative Einsätze werden von den Bediensteten in den gemeinsam besetzten Dienststellen nur bei Einvernehmen zwischen den in Artikel 2 genannten Behörden beider Vertragsstaaten und nur in den Formen, die in diesem Vertrag vorgesehen sind, durchgeführt.

a) se týkají trestných činů, u nichž lze předpokládat těžiště jejich páchání a jejich stíhání v příhraničních oblastech,

b) není možné doručit žádost nebo ji vyřídit včas prostřednictvím národních ústředen nebo

c) je bezprostřední spolupráce účelná a příslušná národní ústředna je s tím srozuměna.

(3) Žádosti o pomoc podle odstavce 1 týkající se odvracení ohrožení veřejného pořádku a bezpečnosti si budou bezprostředně zasílat a vyřizovat je orgány uvedené v článku 2. Možnost zasílání a vyřizování takových žádostí prostřednictvím národních ústředen není dotčena.

(4) Žádosti o pomoc podle odstavců 1 až 3 se mohou týkat zejména:

a) zjišťování držitelů, majitelů a řidičů silničních vozidel, plavidel a letadel,

b) informací o řidičských průkazech a dokladech k vozidlům, jakož i o srovnatelných oprávněních a dokladech,

c) zjišťování pobytu a místa bydliště, zjišťování druhu pobytu a prověřování oprávněnosti pobytu,

d) zjišťování majitelů telefonních, faxových, telexových a internetových přípojek a majitelů přípojek v ostatních oblastech informační a komunikační techniky,

e) zjišťování totožnosti osob,

f) informací o původu věcí, například střelných zbraní, silničních vozidel, plavidel a letadel,

g) zahajování a koordinace prvotních pátracích opatření,

h) policejních dotazování,

i) vyhledávání, zajišťování, vyhodnocování a porovnávání stop,

j) informací z policejních šetření a podkladů, jakož i z informačních systémů, evidencí a jiných souborů podle právních předpisů smluvních států.

Článek 5

Spolupráce ve společně obsazených služebnách

(1) Na území smluvních států mohou být v blízkosti státních hranic zřizována trvale nebo na omezenou dobu pracoviště, která budou obsazena pracovníky orgánů uvedených v článku 2 obou smluvních států a v případě potřeby rovněž pracovníky jejich národních ústředen (dále jen „společně obsazené služebny“). Smluvní státy si rovnoměrně rozdělí náklady na jejich zřízení a provoz.

(2) Ve společně obsazených služebnách budou pracovníci uvedení v odstavci 1 spolupracovat, aby si vyměňovali, analyzovali a dále postupovali informace o záležitostech, které se týkají příhraničních oblastí, a aby se i jiným způsobem podíleli na koordinaci spolupráce podle této smlouvy. Služební styk a výměna informací prostřednictvím národních ústředen nejsou dotčeny.

(3) Pracovníci ve společně obsazených služebnách spadají výlučně pod nařizovací a disciplinární pravomoc svých vnitrostátních orgánů. Společné operativní zásahy budou provádět pracovníci ve společně obsazených služebnách pouze po dohodě orgánů uvedených v článku 2 obou smluvních států a pouze v těch formách, které tato smlouva umožňuje.

Artikel 6

Gemeinsame Einsatzformen

(1) Die in Artikel 2 genannten Behörden können zur Intensivierung der Zusammenarbeit nach Maßgabe dieses Vertrags

a) im Bedarfsfall gemeinsame Streifen und gemeinsam besetzte Kontrollgruppen einrichten, in denen Bedienstete der Behörden des einen Vertragsstaates bei Einsätzen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates Unterstützungstätigkeiten wahrnehmen,

b) Bedienstete des anderen Vertragsstaates im Bedarfsfall zu Informations- und Konsultationszwecken an Einsätzen beteiligen, bei denen insbesondere Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates betroffen sind,

c) im Bedarfsfall gemeinsame Einsatzleitungen zu Informations- und Konsultationszwecken bilden,

d) nach Maßgabe abgestimmter Pläne jeweils auf dem Hoheitsgebiet ihres Staates an grenzüberschreitenden Fahndungsaktionen teilnehmen,

e) gemeinsame Programme der Kriminalitätsprävention planen und durchführen.

(2) Die Bestimmungen in Absatz 1 Buchstaben b und c finden bei der Zusammenarbeit im Rahmen des Strafverfahrens keine Anwendung.

Článek 6

Společné formy nasazení

(1) Orgány uvedené v článku 2 mohou za účelem zintenzivnění spolupráce podle této smlouvy

a) v případě potřeby zřizovat společné hlídky a společně obsazené kontrolní skupiny, v nichž pracovníci orgánů jednoho smluvního státu vykonávají podpůrné činnosti při zásazích na území druhého smluvního státu,

b) umožnit, aby se pracovníci orgánů druhého smluvního státu mohli v případě potřeby za účelem poskytnutí informací a konzultací podílet na zásazích, při nichž jsou zejména dotčeni občané druhého smluvního státu,

c) v případě potřeby vytvářet společná vedení zásahů za účelem poskytování informací a konzultací,

d) podle koordinovaných plánů vždy na území svého státu se podílet na pátracích akcích přesahujících státní hranice,

e) plánovat a provádět společné programy prevence kriminality.

(2) Ustanovení odstavce 1 písm. b) a c) se nepoužijí v případě spolupráce v rámci trestního řízení.

Artikel 7

Unterstützung durch Bedienstete des anderen Vertragsstaates

(1) Im Falle eines dringenden Bedarfs kann jeder Vertragsstaat zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie zur Kriminalitätsbekämpfung den in Artikel 2 genannten Behörden des anderen Vertragsstaates eigene Bedienstete der in Artikel 2 genannten Behörden unterstellen, um jene bei der Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben zu unterstützen.

(2) Die Unterstützung nach Absatz 1 kann nur erfolgen, wenn zwischen den hierzu nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts berechtigten Bediensteten beider Vertragsstaaten Einvernehmen hergestellt worden ist.

(3) Ein dringender Bedarf zur Unterstützung nach Absatz 1 liegt bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung insbesondere vor, wenn die erforderliche polizeiliche Maßnahme ohne einen Einsatz von Bediensteten gemäß Absatz 1 vereitelt oder ernsthaft gefährdet würde, und bei der Kriminalitätsbekämpfung, wenn ohne einen Einsatz von Bediensteten gemäß Absatz 1 die polizeilichen Ermittlungen aussichtslos oder wesentlich erschwert wären.

(4) Die nach Absatz 1 unterstützenden Bediensteten dürfen nur unter Leitung der einsatzführenden Behörde des anderen Vertragsstaates und in der Regel in Anwesenheit von Bediensteten des anderen Vertragsstaates polizeiliche Aufgaben wahrnehmen. Das Handeln der unterstützenden Bediensteten ist dem Vertragsstaat, dessen Behörde den Einsatz führt, zuzurechnen.

Článek 7

Podpora ze strany pracovníků druhého smluvního státu

(1) V případě naléhavé potřeby může každý smluvní stát za účelem odvracení ohrožení veřejného pořádku a bezpečnosti, jakož i za účelem potírání trestné činnosti podřídit vlastní pracovníky orgánů uvedených v článku 2 orgánům druhého smluvního státu uvedeným v článku 2, aby je podpořili při plnění policejních úkolů.

(2) Podpora podle odstavce 1 může být poskytnuta pouze, pokud se tak dohodnou pracovníci obou smluvních států, kteří jsou k tomu oprávněni na základě vnitrostátních právních předpisů.

(3) Naléhavá potřeba podpory podle odstavce 1 při odvracení ohrožení veřejného pořádku a bezpečnosti nastává zejména tehdy, jestliže by bylo potřebné policejní opatření bez nasazení pracovníků podle odstavce 1 zmařeno nebo vážně ohroženo, a při potírání trestné činnosti, jestliže by bez nasazení pracovníků podle odstavce 1 byla policejní šetření neúspěšná nebo zásadním způsobem ztížená.

(4) Pracovníci poskytující podporu podle odstavce 1 smějí plnit policejní úkoly pouze pod vedením orgánu druhého smluvního státu, který bude řídit zásah, a zpravidla za přítomnosti pracovníků druhého smluvního státu. Za jednání pracovníků poskytujících podporu nese odpovědnost smluvní stát, jehož orgán řídí zásah.

Artikel 8

Nacheile

(1) Bedienstete der in Artikel 2 genannten Behörden, die eine Person verfolgen, die sich einer Grenz- oder Zollkontrolle entzieht, sind befugt, die Verfolgung über die Staatsgrenze hinweg auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne dessen vorherige Zustimmung fortzusetzen, wenn dessen zuständige Behörden wegen der besonderen Dringlichkeit der Angelegenheit nicht zuvor unterrichtet werden konnten oder nicht rechtzeitig zur Stelle sind, um die Verfolgung zu übernehmen. Satz 1 gilt ebenso für die Verfolgung einer Person, die sich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland innerhalb einer Entfernung von bis zu dreißig Kilometern von der

Článek 8

Pronásledování

(1) Pracovníci orgánů uvedených v článku 2, kteří pronásledují osobu, která se vyhýbá hraniční nebo celní kontrole, jsou oprávněni pokračovat v pronásledování přes státní hranice na území druhého smluvního státu bez jeho předchozího souhlasu, jestliže jeho příslušné orgány nemohly být s ohledem na zvláštní naléhavost záležitosti informovány předem nebo nejsou včas na místě, aby pronásledování převzaly. První věta platí rovněž pro pronásledování osoby, která se na území Spolkové republiky Německo ve vzdálenosti až do třiceti kilometrů od státních hranic a na území České republiky ve vzdálenosti až do dvaceti pěti kilometrů od státních hranic vyhýbá policejní kontrole nebo kon-

Staatsgrenze oder auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik innerhalb einer Entfernung von bis zu fünfundzwanzig Kilometern von der Staatsgrenze einer polizeilichen oder zollamtlichen Kontrolle zum Zweck der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität oder der Fahndung nach Straftätern entzieht.

(2) Die in Absatz 1 vorgesehene Nacheile wird ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung und unter folgenden allgemeinen Voraussetzungen ausgeübt:

a) Die nacheilenden Bediensteten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates gebunden; sie haben Anordnungen der zuständigen Behörden dieses Vertragsstaates zu befolgen.

b) Die nacheilenden Bediensteten nehmen unverzüglich, im Regelfall bereits vor Grenzübertritt, Kontakt mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates auf. Die Verfolgung ist einzustellen, sobald der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Verfolgung stattfinden soll oder bereits stattfindet, dies verlangt. Auf Ersuchen der nacheilenden Bediensteten halten die Bediensteten der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates die betroffene Person fest, um ihre Identität festzustellen und die zulässigen Maßnahmen vorzunehmen.

c) Wenn kein Einstellungsverlangen vorliegt und die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates nicht rechtzeitig herangezogen werden kann, dürfen die nacheilenden Bediensteten die Person festhalten, bis die Bediensteten der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates die Identität feststellen und die zulässigen Maßnahmen vornehmen.

d) Das Betreten von Wohnungen ist nicht zulässig. Im Übrigen dürfen Gebäude nur betreten werden, soweit es um öffentlich zugängliche Betriebs- oder Geschäftsräume während der Arbeits-, Betriebs- oder Geschäftszeit geht.

e) Die nacheilenden Bediensteten müssen eindeutig erkennbar sein, beispielsweise durch eine Uniform, eine Armbinde oder durch eine an dem Fahrzeug angebrachte Kennzeichnung; das Tragen von Zivilkleidung unter gleichzeitiger Benutzung eines getarnten Dienstfahrzeuges ohne die vorgenannte Kennzeichnung ist nicht zulässig; die nacheilenden Bediensteten müssen jederzeit in der Lage sein, ihre amtliche Funktion nachzuweisen.

f) Die verfolgte Person, die nach den Bestimmungen des Buchstaben c festgehalten wird, darf im Hinblick auf ihre Vorführung vor die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates lediglich einer Sicherheitsdurchsuchung unterzogen werden; es dürfen ihr während der Beförderung Handfesseln angelegt werden. Die von dieser Person mitgeführten Gegenstände dürfen bis zu deren Übergabe an die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaates vorläufig sichergestellt werden.

g) Die nacheilenden Bediensteten melden sich nach jedem Einschreiten gemäß den Bestimmungen des Absatzes 1 bei den zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaates und erstatten Bericht; auf Ersuchen dieser Behörden sind sie verpflichtet, sich bis zur Klärung der Umstände des Einschreitens vor Ort bereitzuhalten. Dies gilt auch in Fällen, in denen die Nacheile nicht zu einem Festhalten führt.

(3) Die Regierungen der Vertragsstaaten unterrichten einander auf diplomatischem Wege darüber, welche Behörden nach den Absätzen 1 und 2 zuständig sind.

Artikel 9

Einrichtung eines regelmäßigen Meldedienstes zur Bekämpfung unerlaubter Grenzübertritte und von Schleusungstätigkeiten

(1) Zum Zwecke der Bekämpfung unerlaubter Übertritte der gemeinsamen Staatsgrenze und von Schleusungstätigkeiten richten die Vertragsstaaten untereinander einen regelmäßigen Meldedienst ein.

trole celního orgánu prováděné za účelem potírání přeshraniční trestné činnosti anebo pátrání po pachatelích trestných činů.

(2) Pronásledování uvedené v odstavci 1 se provádí bez prostorového nebo časového omezení a za následujících obecných předpokladů:

a) Pronásledující pracovníci jsou vázáni ustanoveními tohoto článku a právními předpisy druhého smluvního státu; musí dodržovat pokyny příslušných orgánů tohoto smluvního státu.

b) Pronásledující pracovníci navážou neprodleně, zpravidla ještě před překročením státních hranic, kontakt s příslušným orgánem druhého smluvního státu. Pronásledování musí být zastaveno, jakmile to bude požadovat smluvní stát, na jehož území má být pronásledování prováděno nebo se již provádí. Na žádost pronásledujících pracovníků zadrží pracovníci příslušného orgánu druhého smluvního státu dotčenou osobu, aby zjistili její totožnost a učinili přípustná opatření.

c) Jestliže není požádáno o zastavení pronásledování a jestliže příslušný orgán druhého smluvního státu nelze včas zapojit, smějí pronásledující pracovníci osobu zadržet do doby, než pracovníci příslušného orgánu druhého smluvního státu zjistí její totožnost a učiní přípustná opatření.

d) Vstup do obydlí je nepřípustný. V ostatních případech lze do budov vstupovat pouze tehdy, jedná-li se o veřejně přístupné provozní nebo prodejní prostory během pracovní, provozní nebo prodejní doby.

e) Pronásledující pracovníci musí být jednoznačně rozpoznatelní, například uniformou, páskou na paži nebo označením umístněným na vozidle; nošení civilního oděvu při současném použití maskovaného služebního vozidla bez výše uvedeného označení je nepřípustné; pronásledující pracovníci musí být vždy schopni prokázat svou služební funkci.

f) Pronásledovaná osoba, která je zadržena podle ustanovení písmene c), smí být v souvislosti se svým předvedením k příslušnému orgánu druhého smluvního státu podrobena pouze bezpečnostní prohlídce; během převozu jí smějí být nasazena pouta na rukou. Předměty, které má tato osoba u sebe, smějí být předběžně zajištěny do doby než bude převzata příslušnými orgány druhého smluvního státu.

g) Pronásledující pracovníci se hlásí po každém zákroku podle odstavce 1 u příslušných orgánů druhého smluvního státu a podají zprávu; na žádost těchto orgánů jsou povinni setrvat k dispozici na místě až do objasnění okolností zákroku. To platí i v případech, kdy pronásledování neskončí zadržením.

(3) Vlády smluvních států se budou navzájem diplomatickou cestou informovat o tom, které orgány jsou příslušné podle odstavců 1 a 2.

Článek 9

Zřízení pravidelné ohlašovací služby za účelem potírání nedovoleného překračování státních hranic a převaděčské činnosti

(1) Za účelem potírání nedovoleného překračování společných státních hranic a převaděčské činnosti zřídí smluvní státy mezi sebou pravidelnou ohlašovací službu.

(2) Der Meldedienst umfasst insbesondere den ständigen Austausch von Informationen über Migrationsbewegungen, deren Umfang, Struktur und mögliche Zielrichtungen, ferner von Informationen über voraussichtliche Migrationsrouten und über die bei unerlaubten Grenzübertritten verwendeten Transportmittel sowie über die Organisation von Schleusergruppen. Im Rahmen des Meldedienstes werden ferner anlassbezogene Berichte und Analysen oder periodische Lagebilder und -analysen ausgetauscht und es werden beabsichtigte Maßnahmen gegenseitig mitgeteilt, die für den anderen Vertragsstaat von Bedeutung sein könnten.

(3) Das Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium des Innern der Tschechischen Republik geben gegenseitig auf diplomatischem Weg die Behörden bekannt, die die Aufgaben des regelmäßigen Meldedienstes versehen werden.

Artikel 10

Gemeinsame Besprechungen

Im Rahmen der Zusammenarbeit auf der Grundlage dieses Vertrags treffen sich Vertreter der in Artikel 2 genannten Behörden bei Bedarf zu Besprechungen.

Abschnitt III

Rechtsverhältnisse

Artikel 11

Rechtsstellung und Befugnisse der Bediensteten der Behörden des anderen Vertragsstaates

(1) Werden Bedienstete der in Artikel 2 genannten Behörden oder der nationalen Zentralstellen im Rahmen der Zusammenarbeit nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig, so stehen ihnen dort keinerlei Exekutivbefugnisse zu, sofern dieser Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt. Die Bediensteten sind jedoch befugt:

a) Uniform zu tragen und Dienstwaffen sowie sonstige zugelassene Zwangsmittel wie Reizstoffe, Fesseln und Schlagstock mitzuführen, es sei denn, eine in Artikel 2 genannte Behörde des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Bediensteten tätig werden, teilt im Einzelfall mit, dass sie dies nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zulässt,

b) im Falle der Notwehr die Dienstwaffe zu gebrauchen,

c) in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einzureisen und sich dort bis zur erforderlichen Entfernung von der Staatsgrenze während der zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Vertrag notwendigen Zeit ohne Sichtvermerk und ohne Reisedokument aufzuhalten, sofern sie einen gültigen Dienstausweis mit Lichtbild und Unterschrift bei sich führen,

d) ein Dienstkraft- oder Wasserfahrzeug zu benutzen. Nach Abstimmung mit den zuständigen Polizeibehörden des anderen Vertragsstaates können Bedienstete der in Artikel 2 genannten Behörden bei grenzüberschreitenden Einsätzen auch Luftfahrzeuge einsetzen. Die Bediensteten unterliegen bei den grenzüberschreitenden Einsätzen denselben verkehrsrechtlichen Bestimmungen wie die Bediensteten des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgt.

(2) Soweit es für die Erfüllung von Aufgaben nach diesem Vertrag erforderlich ist, können die in Absatz 1 genannten Bediensteten die Staatsgrenze auch außerhalb der Grenzübergänge überschreiten.

(2) Ohlašovací služba spočívá zejména ve stálé výměně informací o migračních pohybech, jejich rozsahu, struktuře a možných cílech, dále informací o pravděpodobných migračních trasách a dopravních prostředcích používaných při nedovoleném překračování státních hranic, jakož i o organizaci převaděčských skupin. V rámci ohlašovací služby budou dále vyměňovány zprávy a analýzy vztahující se ke konkrétní situaci nebo pravidelné situační zprávy a analýzy a budou vzájemně sdělována zamýšlená opatření, která by mohla mít význam pro druhý smluvní stát.

(3) Spolkové ministerstvo vnitra Spolkové republiky Německo a Ministerstvo vnitra České republiky si vzájemně diplomatickou cestou oznámí orgány, které budou plnit úkoly pravidelné ohlašovací služby.

Článek 10

Společné porady

V rámci spolupráce na základě této smlouvy se budou v případě potřeby zástupci orgánů uvedených v článku 2 setkávat na poradách.

Část III

Právní poměry

Článek 11

Právní postavení a oprávnění pracovníků orgánů druhého smluvního státu

(1) Působí-li pracovníci orgánů uvedených v článku 2 nebo národních ústředen v rámci spolupráce podle této smlouvy na území druhého smluvního státu, nemohou tam vykonávat žádná výkonná oprávnění, pokud tato smlouva výslovně nestanoví jinak. Pracovníci jsou však oprávněni:

a) nosit uniformu a služební zbraně, jakož i ostatní povolené donucovací prostředky, jako slzotvorné prostředky, pouta a obušek, ledaže orgán uvedený v článku 2 smluvního státu, na jehož území pracovníci působí, v konkrétním případě sdělí, že to nepovoluje nebo že to povoluje jen za určitých podmínek,

b) v případě nutné obrany použít služební zbraň,

c) vstupovat na území druhého smluvního státu a zdržovat se tam do potřebné vzdálenosti od státních hranic po dobu nezbytnou k plnění úkolů podle této smlouvy bez víza a bez cestovního dokladu, pokud mají u sebe platný služební průkaz s fotografií a podpisem,

d) používat služební motorové vozidlo nebo plavidlo. Po dohodě s příslušnými policejními orgány druhého smluvního státu mohou pracovníci orgánů uvedených v článku 2 při zásazích přesahujících státní hranice použít též letadla. Při zásazích přesahujících státní hranice podléhají pracovníci týmž pravidlům pro dopravu jako pracovníci smluvního státu, na jehož území zásah probíhá.

(2) Pokud je to nezbytné pro plnění úkolů podle této smlouvy, mohou pracovníci uvedení v odstavci 1 překračovat státní hranice i mimo hraniční přechody.

(3) Jeder Vertragsstaat ist gegenüber den auf sein Hoheitsgebiet entsandten Bediensteten des anderen Vertragsstaates in gleicher Weise zu Schutz und Beistand verpflichtet wie gegenüber den eigenen Bediensteten.

(4) Die in Absatz 1 genannten Bediensteten unterliegen in dienstrechtlicher, insbesondere in disziplinarrechtlicher und haftungsrechtlicher Hinsicht ausschließlich den in ihrem Staat geltenden Rechtsvorschriften.

(5) Die in Absatz 1 genannten Bediensteten bedürfen für ihre Tätigkeit auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates im Rahmen der Zusammenarbeit nach Maßgabe dieses Vertrags keiner Arbeitserlaubnis.

Artikel 12

Zollbestimmungen

(1) Alle zum dienstlichen Gebrauch bestimmten Gegenstände, welche von den Bediensteten der in Artikel 2 genannten Behörden oder der nationalen Zentralstellen, die im Rahmen der Zusammenarbeit nach Maßgabe dieses Vertrags auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, ein- oder ausgeführt werden, bleiben frei von Zöllen, Steuern, sonstigen Abgaben oder Gebühren.

(2) Frei von Zöllen, Steuern, sonstigen Abgaben oder Gebühren bleiben auch die Gegenstände des persönlichen Bedarfs, einschließlich der Lebensmittel, die die Bediensteten nach Absatz 1 in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates mit sich führen und während ihres Dienstes benötigen.

(3) Dienst- oder Privatfahrzeuge sowie Luft- und Wasserfahrzeuge, die von Bediensteten nach Absatz 1 im Rahmen der Zusammenarbeit nach Maßgabe dieses Vertrags auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates verwendet werden, bleiben unter entsprechenden Kontrollmaßnahmen frei von Zöllen, Steuern, sonstigen Abgaben oder Gebühren.

(4) Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen finden auf die in den Absätzen 1 bis 3 angeführten Gegenstände und Fahrzeuge keine Anwendung.

Artikel 13

Haftungsregelungen

(1) Die Vertragsstaaten verzichten wechselseitig auf sämtliche Entschädigungsansprüche aufgrund des Verlustes oder der Beschädigung von Vermögenswerten, die ihr Eigentum sind, wenn der Schaden von einem Bediensteten einer in Artikel 2 genannten Behörde oder der nationalen Zentralstelle des anderen Vertragsstaates bei der Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrags verursacht worden ist.

(2) Die Vertragsstaaten verzichten wechselseitig auf sämtliche Entschädigungsansprüche aufgrund einer Verletzung oder des Todes eines Bediensteten einer in Artikel 2 genannten Behörde oder der nationalen Zentralstelle, wenn der Schaden bei der Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrags verursacht worden ist. Schadensersatzansprüche des Bediensteten oder von Hinterbliebenen bleiben hiervon unberührt.

(3) Wird durch einen Bediensteten einer in Artikel 2 genannten Behörde oder der nationalen Zentralstelle eines Vertragsstaates bei der Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrags im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einem Dritten Schaden zugefügt, so haftet für den Schaden der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet der Schaden eingetreten ist, und zwar nach Maßgabe der Rechtsvorschriften, die im Fall eines durch einen eigenen Bediensteten verursachten Schadens Anwendung finden würden. Der Gesamtbetrag des Schadensersatzes, den dieser Vertragsstaat an die Geschädigten oder deren Rechtsnachfolger geleistet hat, wird diesem von dem Vertragsstaat, dessen Bediensteter den

(3) Každý smluvní stát je povinen chránit pracovníky druhého smluvního státu vyslané na jeho území a pomáhat jim stejným způsobem jako pracovníkům vlastním.

(4) Z hlediska služebního poměru podléhají pracovníci uvedení v odstavci 1, zejména pokud jde o disciplinární předpisy a předpisy upravující jejich odpovědnost, výlučně právním předpisům platným v jejich státě.

(5) Pracovníci uvedení v odstavci 1 nepotřebují pro svou činnost na území druhého smluvního státu v rámci spolupráce podle této smlouvy povolení k zaměstnání.

Článek 12

Celní ustanovení

(1) Všechny předměty určené pro služební potřebu dovážené nebo vyvážené pracovníky orgánů uvedených v článku 2 nebo národních ústředen, kteří působí v rámci spolupráce podle této smlouvy na území druhého smluvního státu, jsou osvobozeny od cel, daní, jiných dávek či poplatků.

(2) Od cel, daní, jiných dávek či poplatků jsou osvobozeny i předměty osobní potřeby včetně potravin, které převážejí pracovníci podle odstavce 1 na území druhého smluvního státu a které potřebují během služebního pobytu.

(3) Služební nebo soukromá vozidla, jakož i plavidla nebo letadla využívaná pracovníky podle odstavce 1 v rámci spolupráce podle této smlouvy na území druhého smluvního státu, jsou osvobozena od cel, daní, jiných dávek či poplatků při zachování odpovídajících kontrolních opatření.

(4) Zákazy dovozu a vývozu, jakož i dovozní a vývozní omezení se nepoužijí na předměty a vozidla uvedená v odstavcích 1 až 3.

Článek 13

Odpovědnost za škody

(1) Smluvní státy se navzájem zříkají veškerých nároků na náhradu škody způsobené ztrátou nebo poškozením majetkových hodnot, které jsou jejich vlastnictvím, jestliže byla škoda způsobena pracovníkem orgánu uvedeného v článku 2 nebo národní ústředny druhého smluvního státu při plnění úkolů souvisejících s prováděním této smlouvy.

(2) Smluvní státy se navzájem zříkají veškerých nároků na náhradu škody způsobené újmou na zdraví nebo smrtí pracovníka orgánu uvedeného v článku 2 nebo národní ústředny, jestliže škoda vznikla při plnění úkolů souvisejících s prováděním této smlouvy. Tím nejsou dotčeny nároky na náhradu škody pracovníka nebo pozůstalých osob.

(3) Způsobí-li pracovník orgánu uvedeného v článku 2 nebo národní ústředny jednoho smluvního státu na území druhého smluvního státu při plnění úkolů souvisejících s prováděním této smlouvy škodu třetí osobě, odpovídá za škodu ten smluvní stát, na jehož území vznikla, a to podle právních předpisů, které by se použily v případě, že by škodu způsobil jeho vlastní pracovník. Celková částka náhrady škody, kterou tento smluvní stát poskytl poškozeným nebo jejich právním nástupcům, mu bude uhrazena smluvním státem, jehož pracovník škodu způsobil. Předchozí věta se nepoužije, pokud škoda vznikla při plnění policejních úkolů podle článku 7.

Schaden verursacht hatte, erstattet. Der vorstehende Satz findet keine Anwendung, wenn der Schaden bei der Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben nach Artikel 7 verursacht worden ist.

(4) Die Behörden der Vertragsstaaten arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatzansprüchen zu erleichtern. Sie tauschen insbesondere sämtliche ihnen zugängliche Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

(5) Die Bestimmungen in Absatz 1 sowie in Absatz 2 Satz 1 finden keine Anwendung, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist.

Artikel 14

Weitere Bedingungen der Zusammenarbeit

(1) Ist ein Vertragsstaat der Ansicht, dass die Erfüllung eines Hilfeersuchens oder eine sonstige Maßnahme aufgrund dieses Vertrags seine Souveränität beeinträchtigen, seine Sicherheit oder andere wesentliche Interessen gefährden oder seine Rechtsvorschriften verletzen können, kann er die Hilfe oder die Maßnahme ganz oder teilweise verweigern oder an die Erfüllung bestimmter Bedingungen knüpfen.

(2) Dokumentationen, Informationen und polizeitechnische Mittel, die in Artikel 2 genannte Behörden aufgrund dieses Vertrags erhalten haben, dürfen nicht ohne vorherige Zustimmung der die Dokumentation oder polizeitechnischen Mittel übergebenden oder die Informationen übermittelnden Behörde an Dritte weitergeleitet werden.

(3) Der Geheimschutz von Dokumentationen, Informationen und polizeitechnischen Mitteln, die von dem anderen Vertragsstaat übergeben oder übermittelt worden sind, richtet sich nach einem gesonderten Abkommen über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen.

Artikel 15

Schutz personenbezogener Daten

Soweit aufgrund dieses Vertrags personenbezogene Daten (im Folgenden nur „Daten“ genannt) übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten:

a) Die Verwendung von Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Vertrag angeführten Zwecken und nur unter den durch die übermittelnde Stelle festgelegten Bedingungen zulässig. Ihre Verwendung ist darüber hinaus zur Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zulässig.

b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die damit erzielten Ergebnisse.

c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der Daten, die sie zu übermitteln beabsichtigt, sowie auf deren Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei ist die übermittelnde Stelle verpflichtet, die nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung von Daten unterbleibt, soweit Grund zu der Annahme besteht, dass dadurch Rechtsvorschriften verletzt oder schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so hat die übermittelnde Stelle diese Tatsache dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung der Daten vorzunehmen.

d) Dem Betroffenen ist auf seinen Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über den vorgesehenen

(4) Orgány smluvních států budou úzce spolupracovat, aby usnadnily vyřízení nároků na náhradu škody. Zejména si budou vyměňovat veškeré jim dostupné informace o škodních případech ve smyslu tohoto článku.

(5) Ustanovení odstavce 1 a první věta odstavce 2 se nepoužijí, jestliže byla škoda způsobena úmyslně nebo z hrubé nedbalosti.

Článek 14

Další podmínky spolupráce

(1) Má-li některý ze smluvních států zato, že splnění žádosti o pomoc nebo jiné opatření na základě této smlouvy mohou omezit jeho svrchovanost, ohrozit jeho bezpečnost nebo jiné podstatné zájmy nebo porušit jeho právní předpisy, může pomoc nebo opatření zcela nebo zčásti odepřít nebo je může vázat na splnění určitých podmínek.

(2) Dokumentace, informace a policejně technické prostředky, které orgány uvedené v článku 2 obdržely na základě této smlouvy, nesmí být bez předchozího souhlasu orgánu, který dokumentaci, policejně technické prostředky či informace předal, postupovány třetím osobám.

(3) Ochrana utajovaných dokumentací, informací a policejně technických prostředků předaných druhým smluvním státem se řídí zvláštní dohodou o vzájemné ochraně utajovaných skutečností.

Článek 15

Ochrana osobních údajů

Pokud jsou na základě této smlouvy předávány osobní údaje (dále jen „údaje“), platí následující ustanovení s tím, že je nutno dodržovat právní předpisy obou smluvních států:

a) Použití údajů příjemcem je přípustné pouze k účelům uvedeným v této smlouvě a pouze za podmínek stanovených předávajícím orgánem. Kromě toho je jejich použití přípustné za účelem potírání trestných činů závažného významu, jakož i za účelem odvracení závažných ohrožení veřejného pořádku a bezpečnosti.

b) Příjemce na požádání informuje předávající orgán o použití předaných údajů a o výsledcích tím dosažených.

c) Předávající orgán je povinen dbát na správnost údajů, které zamýšlí předat, jakož i na jejich potřebnost a přiměřenost s ohledem na účel sledovaný předáním. Přitom je předávající orgán povinen dbát na zákazy předávání údajů platné podle jeho vnitrostátních právních předpisů. K předání údajů nedojde, lze-li důvodně předpokládat, že by tím byly porušeny právní předpisy nebo omezeny oprávněné zájmy dotčené osoby. Ukáže-li se, že byly předány nesprávné údaje nebo údaje, které nesměly být předány, je předávající orgán povinen tuto skutečnost sdělit neprodleně příjemci. Ten je povinen provést opravu nebo zničení údajů.

d) Dotčené osobě je nutno na její žádost poskytnout informaci o údajích o ní existujících, jakož i o zamýšleném účelu jejich

Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Diese Auskunft wird jedoch nicht erteilt, sofern das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wurde.

e) Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht geltenden Löschungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

f) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von Daten aktenkundig zu machen.

g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, gegen Änderungen ohne Zustimmung der übermittelnden Stelle sowie gegen unbefugte Weitergabe und unbefugte Veröffentlichung zu schützen.

použití. Tato informace však nebude poskytnuta, pokud veřejný zájem neposkytnout informaci převažuje nad zájmem dotčené osoby. Jinak se právo dotčené osoby na poskytnutí informace o údajích k ní existujících řídí právními předpisy toho smluvního státu, na jehož území bylo o informaci požádáno.

e) Při předávání údajů upozorní předávající orgán na lhůty pro zničení údajů platné podle jeho vnitrostátních právních předpisů. Nezávisle na těchto lhůtách je nutno předané údaje zničit, pokud již nejsou potřebné k účelu, za jakým byly předány.

f) Předávající orgán a příjemce jsou povinni vést evidenci předání a převzetí údajů.

g) Předávající orgán a příjemce jsou povinni účinně chránit předávané údaje proti neoprávněnému přístupu k nim, proti jejich změnám bez souhlasu předávajícího orgánu a proti jejich neoprávněnému dalšímu předávání a neoprávněnému zveřejňování.

Abschnitt IV

Schlussbestimmungen

Artikel 16

Verhältnis zu anderen rechtlichen Regelungen

Durch diesen Vertrag werden die Verpflichtungen der Vertragsstaaten aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften, deren Partei sie sind, sowie die durch innerstaatliche Rechtsvorschriften festgelegten Pflichten nicht berührt.

Artikel 17

Durchführungsvereinbarungen und Änderungen

(1) Das Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland oder das Staatsministerium des Innern des Freistaates Sachsen oder das Staatsministerium des Innern des Freistaates Bayern auf deutscher Seite sowie das Ministerium des Innern der Tschechischen Republik auf tschechischer Seite können auf der Grundlage und im Rahmen dieses Vertrags Vereinbarungen über seine Durchführung treffen. Insbesondere vereinbaren sie die Einrichtung der gemeinsam besetzten Dienststellen gemäß Artikel 5 Absatz 1 und die damit zusammenhängenden Einzelheiten.

(2) Die Regierungen der Vertragsstaaten zeigen einander Änderungen der Bezeichnung und des Zuständigkeitsbereichs der in diesem Vertrag genannten Behörden auf diplomatischem Wege an.

(3) Die Regierungen der Vertragsstaaten können durch Notenwechsel Änderungen der Grenzgebiete im Sinne von Artikel 1 Absatz 3 vereinbaren.

Artikel 18

Inkrafttreten und Kündigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Prag ausgetauscht. Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des auf den Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden folgenden Monats in Kraft.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann ihn jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag wirksam, an dem die Kündigung dem anderen Vertragsstaat zugegangen ist.

Část IV

Závěrečná ustanovení

Článek 16

Vztah k jiným právním úpravám

Závazky smluvních států vyplývající z jiných mezinárodních smluv, jejichž stranou jsou, jakož i povinnosti stanovené vnitrostátními právními předpisy nejsou touto smlouvou dotčeny.

Článek 17

Prováděcí ujednání a změny

(1) Spolkové ministerstvo vnitra Spolkové republiky Německo nebo Státní ministerstvo vnitra Svobodného státu Sasko nebo Státní ministerstvo vnitra Svobodného státu Bavorsko na německé straně a Ministerstvo vnitra České republiky na české straně mohou na základě a v rámci této smlouvy uzavírat ujednání k jejímu provádění. Zejména si dohodnou zřízení společně obsazených služeben podle článku 5 odst. 1 a s tím související podrobnosti.

(2) Vlády smluvních států si diplomatickou cestou vzájemně oznámí změny v označení a působnosti orgánů uvedených v této smlouvě.

(3) Vlády smluvních států se mohou formou výměny nót dohodnout na změnách příhraničních oblastí ve smyslu článku 1 odst. 3.

Článek 18

Vstup v platnost a výpověď

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze. Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne měsíce následujícího po dni výměny ratifikačních listin.

(2) Tato smlouva se uzavírá na dobu neurčitou. Každý smluvní stát ji může kdykoliv písemně vypovědět diplomatickou cestou. Výpověď nabývá účinnosti šest měsíců po dni, v němž byla výpověď doručena druhému smluvnímu státu.

(3) Die Registrierung des Vertrags beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird von der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die Tschechische Republik wird unter Angabe der Registrierungsnummer der Vereinten Nationen von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

(3) Registraci Smlouvy u sekretariátu Organizace spojených národů podle článku 102 Charty Organizace spojených národů zajistí Spolková republika Německo. Česká republika bude o provedené registraci informována s uvedením registračního čísla Organizace spojených národů, jakmile bude toto potvrzeno sekretariátem Organizace spojených národů.

Geschehen zu Berlin am 19. September 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Dáno v Berlíně dne 19. září 2000 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Dr. Hilger
Schily

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
Gross

Denkschrift zu dem Vertrag

Allgemeines

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den meisten ihrer Nachbarstaaten ist eine vertiefte grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität (einschließlich illegaler Einwanderung) sowie zur Gefahrenabwehr auf der Grundlage des Schengener Regelwerks möglich. Der vorliegende Vertrag soll im Verhältnis zur Tschechischen Republik, die als Nicht-EU-Mitglied nicht an der Schengener Kooperation teilnehmen kann, Rechtsgrundlagen für eine intensivere grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit schaffen. Der Vertrag ergänzt den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung vom 2. Februar 2000, der in Kapitel II Bestimmungen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu Zwecken der Strafverfolgung trifft.

Der Vertrag ist in vier Abschnitte unterteilt. Abschnitt I regelt in allgemeiner Form den Gegenstand der Zusammenarbeit und benennt die zuständigen Behörden. Abschnitt II regelt die einzelnen Formen der Zusammenarbeit. Abschnitt III enthält allgemeine Bestimmungen über die für die Zusammenarbeit geltenden rechtlichen Verhältnisse. Abschnitt IV enthält die üblichen Schlussbestimmungen. Die einzelnen vertraglichen Regelungen sind ganz überwiegend Regelungen aus bereits abgeschlossenen Verträgen mit anderen Nachbarstaaten nachgebildet, etwa dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die grenzüberschreitende polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit vom 27. April 1999.

Anregungen aus dem Kreis der Bundesländer wurden bei der endgültigen Fassung des Vertrages so weit wie möglich berücksichtigt.

Abschnitt I

Allgemeines

Zu Artikel 1

Absatz 1 Satz 1 legt fest, dass die Zusammenarbeit die Bereiche Kriminalitätsbekämpfung sowie Gefahrenabwehr umfasst (sachliche Eingrenzung der Zusammenarbeit) und sich auf die Grenzgebiete bezieht (territoriale Eingrenzung der Zusammenarbeit). Der Begriff der Grenzgebiete wird in Absatz 3 durch Verweis auf die örtlichen Zuständigkeitsbereiche der in Artikel 2 Abs. 1 aufgeführten Behörden definiert.

Absatz 1 Satz 2 grenzt den Anwendungsbereich des Vertrages gegenüber dem Anwendungsbereich des deutsch-tschechischen Vertrages vom 2. Februar 2000 über die Ergänzung des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens ab. Der letztgenannte Vertrag soll im Hinblick auf die Zusammenarbeit zu Zwecken der Strafverfolgung Anwendungsvorrang genießen, soweit der vorliegende Vertrag keine weitergehenden Regelungen trifft, wie etwa in Artikel 5 oder Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe a, in denen – im Verhältnis zu Artikel 22 des Vertrages vom 2. Februar 2000 – weitergehende Möglichkeiten personellen Zusammenwirkens (auch) im Bereich der Strafverfolgung eröffnet werden. Direkte Überlappungen zwischen den Anwendungsbereichen beider Verträge wurden bei Abfassung des vorliegenden Vertrages nach Möglichkeit vermieden (siehe insbesondere Artikel 4 Abs. 1 und Artikel 6 Abs. 2, in denen mit Rücksicht auf die Regelungen in Artikel 23 und Artikel 22 des Vertrages vom 2. Februar 2000 der Bereich der Strafverfolgung ausgeklammert wird).

Absatz 2 verdeutlicht, dass der Vertrag dem existierenden Bestand völkerrechtlicher Vorschriften, die die Zusammenarbeit der nationalen polizeilichen Zentralstellen der Vertragsstaaten regeln, neue Vorschriften hinzufügt.

Zu Artikel 2

Artikel 2 führt zum Zweck der Erleichterung der angestrebten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eigens diejenigen Behörden auf, über die sich die Zusammenarbeit vollzieht. Dabei wird zu Beginn von Absatz 1 klargestellt, dass die Behörden bei Nutzung der vertraglich vorgesehenen Kooperationsformen in unmittelbaren Dienstverkehr miteinander treten können, d.h. keine Mediatisierung durch nationale Zentralstellen erfolgt. Dieser Grundsatz wird durch Artikel 3 Abs. 2 sowie durch Artikel 4 Abs. 2 bereichsspezifisch mit dem Ziel relativiert, die Vorgaben aus § 3 Bundeskriminalamtgesetz auch im Kontext der vertraglich vorgesehenen Zusammenarbeit zu wahren.

Hauptträger der Zusammenarbeit sind die in Absatz 1 aufgeführten grenznahen Behörden, deren Zuständigkeitsbereich zugleich den Umfang der Grenzgebiete im Sinne dieses Vertrages definiert (siehe Artikel 1 Abs. 3). Hinsichtlich der Landeskriminalämter Sachsens und Bayerns (Absatz 2) sowie der Zollbehörden (Absätze 3 und 4) werden differenzierende Regelungen getroffen. Sie nehmen an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nur unter den in den jeweiligen Absätzen einzeln aufgeführten Voraussetzungen teil.

Abschnitt II

Zusammenarbeit der Polizei- und Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten

Zu Artikel 3

Absatz 1 führt allgemeine Formen der Zusammenarbeit in den Bereichen Informationsaustausch, grenzüberschreitende Kommunikation, grenzüberschreitende polizeiliche Koordination, logistische Unterstützung sowie Ausbildung auf. Die aufgeführten Formen der Zusammenarbeit sind nicht abschließend („insbesondere“). Spezielle Formen der Zusammenarbeit werden in den Artikeln 4 bis 10 jeweils gesondert geregelt.

Absatz 2 dient der Wahrung der Vorgaben aus § 3 Bundeskriminalamtgesetz, die somit seitens der in Artikel 2 aufgeführten Behörden weiterhin einzuhalten sind.

Zu Artikel 4

Artikel 4 regelt die Zusammenarbeit der Polizeibehörden auf Ersuchen und definiert in Absatz 4 – in nicht abschließender Form („insbesondere“) – deren mögliche Inhalte. Die Vorschrift beschränkt zur Vermeidung von Überlappungen mit Artikel 23 des deutsch-tschechischen Vertrages vom 2. Februar 2000 über die Ergänzung des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens die Zusammenarbeit auf die Bereiche Gefahrenabwehr und Verhütung von Straftaten. Die Zusammenarbeit auf Ersuchen im Bereich der Strafverfolgung bestimmt sich allein nach Artikel 23 des vorgenannten Vertrages vom 2. Februar 2000.

Hinsichtlich der Geschäftswege treffen die Absätze 2 und 3 eine differenzierende Lösung. Soweit die Zusammenarbeit den Bereich der Verhütung von Straftaten betrifft, ist der unmittelbare Dienstverkehr nur unter den in Absatz 2 einzeln aufgeführten Voraussetzungen zulässig; hierdurch werden, wie von Artikel 3 Abs. 2, die Vorgaben aus § 3 Bundeskriminalamtgesetz umgesetzt, die demnach von den in Artikel 2 aufgeführten Behörden weiterhin einzuhalten sind. Hinsichtlich des Bereichs der Gefahrenabwehr ist der unmittelbare Dienstverkehr hingegen ohne Einschränkungen zulässig (Absatz 3).

Zu Artikel 5

Artikel 5 regelt die Einrichtung gemeinsam besetzter Dienststellen im grenznahen Raum. Die Einrichtung solcher Dienststellen setzt den gesonderten Abschluss von Vereinbarungen voraus; die diesbezüglichen innerstaatlichen Zuständigkeiten sind in Artikel 17 Abs. 1 geregelt.

Die Absätze 2 und 3 verdeutlichen, dass die gemeinsam besetzten Dienststellen keine selbständige operative Führungsrolle wahrnehmen, sondern eine unterstützende Funktion im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den nach Artikel 2 zuständigen Behörden besitzen. Demgemäß bleiben die Bediensteten der gemeinsam besetzten Dienststellen in ihre nationalen Weisungshierarchien eingebunden. Ferner begründet Artikel 5 keine Ausnahme zu den Regelungen in den Artikeln 3 und 4, insbesondere deren jeweiligem Absatz 2. Für die von deutscher Seite in die gemeinsam besetzten Dienststellen entsandten Bediensteten bedeutet dies, dass sie weiterhin an die Vorgaben des § 3 Bundeskriminalamtgesetz gebunden sind.

Möglich ist es aber, anderweitige vertraglich vorgesehene Formen der Zusammenarbeit über gemeinsam besetzte Dienststellen zu realisieren. So können beispielsweise gemeinsame Einsatzleitungen im Sinne von Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c innerhalb gemeinsam besetzter Dienststellen eingerichtet werden oder diese zur Erstellung gemeinsamer Lagebilder im Sinne von Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe c Nr. 2 genutzt werden.

Zu Artikel 6

Artikel 6 regelt Formen besonders intensiver grenzüberschreitender Kooperation, bei denen teilweise (Absatz 1 Buchstabe a bis c Bedienstete der einen Vertragspartei unterstützend auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei tätig werden. Zur Vermeidung von Überlappungen mit Artikel 22 des deutsch-tschechischen Vertrages vom 2. Februar 2000 über die Ergänzung des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens ist die Nutzung der in Absatz 1 Buchstabe b und c aufgeführten Einsatzformen auf die Bereiche der Gefahrenabwehr und der Vorbeugung von Straftaten beschränkt.

Zu Artikel 7

Artikel 7 ermöglicht eine grenzüberschreitende Kooperation durch einvernehmliche Unterstützung des jeweils anderen Vertragsstaates mit eigenen Bediensteten, die unter der Leitung des anderen Vertragsstaates zur Wahrnehmung diesem obliegender polizeilicher Aufgaben eingesetzt werden können. Absatz 3 stellt für den grenzüberschreitenden Unterstützungseinsatz qualifizierte Voraussetzungen auf. Absatz 4 Satz 2 legt fest, dass das Handeln der unterstützenden Bediensteten dem Gebietsstaat zuzurechnen ist. Hieraus wird in Artikel 13 Abs. 3 Satz 3 die haftungsrechtliche Konsequenz gezogen (kein Erstattungsanspruch des Gebietsstaates im Falle der Ersatzpflicht wegen Schädigungen durch die unterstützenden Bediensteten des anderen Vertragsstaates).

Zu Artikel 8

Artikel 8 ermöglicht die grenzüberschreitende Nacheile nach Personen, die sich den in der Vorschrift näher bezeichneten amtlichen Kontrollen entziehen. Die Vorschrift ergänzt damit Artikel 18 des deutsch-tschechischen Vertrages vom 2. Februar 2000 über die Ergänzung des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens, der Nacheilebefugnisse im Bereich der Strafverfolgung bzw. der Strafvollstreckung normiert. Den nacheilenden Bediensteten ist ein Festhalterecht eingeräumt (Absatz 2 Buchstabe c).

Zu Artikel 9

Artikel 9 sieht als spezielle Kooperationsform zur Bekämpfung unerlaubter Grenzübertritte und von Schleusungstätigkeiten einen besonderen Meldedienst zwischen Zentralstellen vor. Der allgemein in Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe a dezentral ausgestaltete grenzüberschreitende Informationsaustausch wird damit bereichsspezifisch zentralisiert und zugleich institutionalisiert. Dem Bundesministerium des Innern obliegt die Benennung der auf deutscher Seite zuständigen Zentralstelle (Absatz 3).

Zu Artikel 10

Die in Artikel 10 bezeichneten gemeinsamen Besprechungen sollen vorrangig der Klärung grundsätzlicher Fragen der Zusammenarbeit zwischen führenden Bediensteten der in Artikel 2 genannten Dienststellen dienen. Die nähere Ausgestaltung der Form, Teilnehmerzahl und Frequenz dieser Treffen bleibt den örtlich Verantwortlichen überlassen.

Abschnitt III

Rechtsverhältnisse

Zu den Artikeln 11 und 12

Die Artikel 11 und 12 regeln allgemeine rechtliche Fragen im Zusammenhang mit den Bediensteten, die zum Zwecke der vertraglichen Zusammenarbeit auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden. Die Bestimmungen gelten für sämtliche der im Vertrag geregelten Modalitäten der Zusammenarbeit. Der in Artikel 11 Abs. 5 des Vertrages benutzte Begriff der

„Arbeitserlaubnis“ ist als inhaltlich deckungsgleich mit dem Begriff der „Arbeitsgenehmigung“ im Sinne von §§ 284 ff. SGB III anzusehen.

Zu Artikel 13

Artikel 13 regelt die Haftungsfragen bei Zerstörung oder Beschädigung von Sachen, die im Eigentum eines Vertragsstaates stehen, bei Verletzung oder Tod eines Beamten sowie bei Schädigungen Dritter, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages entstehen.

Auf eigene Ansprüche der Vertragsstaaten wird in den Absätzen 1 und 2 verzichtet, soweit der Schaden bei der Wahrnehmung von Aufgaben in Zusammenhang mit der Durchführung des Vertrages verursacht wird und soweit kein Fall des Vorsatzes oder der groben Fahrlässigkeit vorliegt (Absatz 5). Für Ansprüche Dritter haftet nach Absatz 3 zur Erleichterung der Rechtsdurchsetzung des Geschädigten stets der Gebietsstaat; Ansprüche gegen den anderen Vertragsstaat werden hierdurch nicht ausgeschlossen. Unabhängig davon gilt nach Absatz 3 Satz 2 und 3 eine Erstattungsregelung für das Innenverhältnis zwischen den Vertragsstaaten.

Zu Artikel 14

Absatz 1 gestattet es jedem Vertragsstaat, einzelne Maßnahmen der Zusammenarbeit aus den in der Vorschrift genannten Gründen zu unterlassen oder an Bedingungen zu knüpfen. Absatz 2 stellt die Weitergabe von Dokumentationen, Informationen und polizeitechnischen Mitteln, die vom anderen Vertragsstaat stammen, unter Zustimmungsvorbehalt, wobei hinsichtlich personenbezogener Daten Artikel 15, der eine spezielle und abschließende Regelung trifft, vorgeht. Absatz 3 verweist hinsichtlich des Geheimschutzes auf ein gesondert abzuschließendes Abkommen.

Zu Artikel 15

Artikel 15 stellt für die Verwendung personenbezogener Daten, die im Rahmen der vertraglichen Zusammenarbeit dem jeweils anderen Vertragsstaat übermittelt werden, ein eigenständiges Datenschutzregime auf.

Buchstabe a formuliert den Grundsatz, dass personenbezogene Daten, die aufgrund des Vertrages dem anderen Vertragsstaat übermittelt wurden, von diesem nur zu den im Vertrag festgelegten Zwecken und zu den Bedingungen, die die übermittelnde Stelle im Einzelfall stellt, verwendet werden dürfen. Eine Abweichung ist nur zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zulässig. Alltags- und Kleinkriminalität fallen nicht unter diese Voraussetzungen. Eine Verwendung von Daten im Sinne des Artikels 15 liegt – in Übereinstimmung mit der Begrifflichkeit im geltenden Bundesdatenschutzgesetz, das sie in § 3 Abs. 6 mittelbar definiert – bei jeder Form des Umgangs mit personenbezogenen Daten vor, die nicht Erheben ist; eingeschlossen sind demnach sowohl die Verarbeitung als auch die Nutzung von Daten.

Die Buchstaben b bis g enthalten zusätzliche Regelungen zum Umgang mit den vom anderen Vertragsstaat übermittelten personenbezogenen Daten.

Die Regelung in Buchstabe g, die u.a. Änderungen übermittelter Daten an die Zustimmung des übermittelnden Vertragsstaates knüpft, bezieht sich nur auf substantielle Änderungen. Bloße Aktualisierungen (z.B. Aktualisierung einer Adresse) und Ergänzungen können ohne Zustimmung des übermittelnden Vertragsstaates vorgenommen werden.

Abschnitt IV

Schlussbestimmungen

Zu Artikel 16

Artikel 16 stellt klar, dass sonstige völkerrechtliche Übereinkünfte, deren Partei die Vertragsstaaten sind, ebenso wie innerstaatliche Pflichten unberührt bleiben. Zu letzteren zählen insbesondere die Unterrichtungspflichten der Länder nach § 3 Abs. 3 Satz 2 Bundeskriminalamtgesetz.

Zu Artikel 17

Artikel 17 regelt die Zuständigkeiten bei Durchführungsvereinbarungen sowie bei der Mitteilung von Behördenbezeichnungen, Zuständigkeitsänderungen und Änderungen der Grenzgebiete im Sinne des Artikels 1 Abs. 3. Die Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluss von Vereinbarungen im Sinne von Absatz 1 bedarf, soweit die Verhandlungsführung nicht ohnehin vom Bundesministerium des Innern übernommen wird, der vorherigen Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern, um auf diese Weise die Kohärenz der polizeilichen Beziehungen zur Tschechischen Republik zu gewährleisten.

Zu Artikel 18

Artikel 18 enthält die üblichen Regelungen zum Inkrafttreten und zur Kündigung des Vertrages.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333